

REDE ZUM HAUSHALT 2023

DOROTHEA BAUER | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

Womit beginnt man eine Haushaltsrede nach so einem Jahr?

Beim Nachgrübeln drängte sich mir eine Büroweisheit auf, die man, als es bei IBM noch Sekretärinnen gab, häufig in deren Büros lesen konnte:

“Und aus dem Chaos sprach eine Stimme zu mir: "Lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen!", und ich lächelte und war froh, und es kam schlimmer...! “
(Otto Walkes)

Nachdem wir uns nach zwei Jahren Corona-Pandemie endlich leidlich im neuen Leben zurechtgefunden hatten, hofften, ja dachten wir, das Schlimmste sei überstanden und waren auch ein bisschen stolz, dass wir die vergangenen beiden Jahre, doch einigermaßen gut gemeistert hatten.

In der Grünen Fraktion keimte die Hoffnung, dass mit dem Klimaschutz-sofortprogramm von Wirtschaftsminister Habeck und der Ankündigung eines Klimamaßnahmenregisters durch Thekla Walker auch in unserer Kommune die drängende Aufgabe der zügigen CO₂-Reduzierung wieder mehr Fortschritte macht. Leider mussten wir aber bei vielen Beratungen erkennen, dass die Themen Klimaschutz, Artenschutz und Anpassung an den Klimawandel hauptsächlich Grüne Themen zu sein scheinen.

... und ich lächelte und war froh und es kam schlimmer!

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat über die dort lebenden Menschen unfassbares Leid gebracht. Hier im 1000 km entfernten Deutschland hat er unser Weltbild, gestützt auf Dialog und Verträge, Handel und Recht sei alles friedlich verhandelbar, massiv ins Wanken gebracht. Handelsbeziehungen, auf die man sich in der Vergangenheit verlassen konnte, waren plötzlich wertlos.

Die drohende Energiemangellage machte die Versäumnisse beim Ausbau der Erneuerbaren Energien offensichtlich. Die Nachfrage nach Hausisolierung, effizienten Heizungen, Fotovoltaik und nachwachsenden Rohstoffen ist schlagartig und sprunghaft angestiegen und hat in diesen Bereichen zu Lieferengpässen und Überlastung der Handwerksbetriebe geführt. Erst mit dem Ausbruch des Ukraine Kriegs wurden Energiesparen und die Umweltbelastung durch Kohle- und Kernkraftwerke wieder zum Gesprächsthema, denn plötzlich ist Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von Russischem Gas gefragt.

Wenn es bisher schon schwierig war, die finanzielle Entwicklung der Stadt Böblingen vorherzusagen, jetzt ist es fast unmöglich geworden. *„In solch unsicheren Zeiten sollte man doch besser nicht zu viel investieren und lieber abwarten, bis die Lage wieder überschaubarer ist.“* Diese Haltung ist gerade vermehrt bei Gemeinderatssitzungen zu beobachten. Neubauten für Schulen werden in Frage gestellt, man will Planungen auf Eis legen oder kleiner bauen als nötig. Doch bedenken Sie die Alternative! Drohende Schulschließungen, Zusatzkosten durch Neuplanungen und erneute Ausschreibungen, sowie der Inflation geschuldete Preissteigerungen kämen dann auf uns zu.

Zugegeben, es ist extrem schwierig in der aktuellen Lage Investitionsentscheidungen zu treffen, vor allem wenn es bedeutet Schulden zu machen. "Wir gefährden den Wohlstand der Zukunft" überschrieb die Tageschau im November 2019 ein Interview mit dem Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Professor Marcel Fratzscher.

„Die Politik der Schwarzen Null ist ökonomisch unklug und unfair gegenüber künftigen Generationen“, sagt er. Im Interview betont er die Wichtigkeit, künftigen Generation nicht nur niedrige Schulden zu hinterlassen, sondern auch ein leistungsfähiges Land und eine leistungsfähige Infrastruktur und öffentliche Vermögen.

Auch die Stadt Böblingen hat seit Jahrzehnten von ihrer Substanz gelebt. Und dieser Verschleiß der vorhandenen Substanz geht zu Lasten unserer Nachfahren. Wir müssen dringend wieder in die städtischen Gebäude insbesondere die Schulgebäude investieren und sie energetisch auf einen akzeptablen Stand bringen oder sie durch einen Neubau ersetzen, um Betriebskosten und CO2 zu sparen. Deshalb sollten wir bei der Vergabe zum Stockbrünnele auch keinen Rückzieher machen, sondern den Neubau zügig umsetzen.

Da viele Gebäude sanierungsbedürftig sind, ist es nötig, das Bauplanungsamt ausreichend auszustatten, denn auch der Ersatzbau für die Paul-Lechler-Schule auf dem Schlossberg sollte zügig erstellt werden, um die Sanierung des Schulgebäudes angehen zu können.

Eine Priorisierung der Schlossbergbebauung darf aber nicht dazu führen, dass die Umgestaltung der Museumslandschaft noch länger aufgeschoben wird. Auf keinen Fall kann sie warten, bis die Schlossbergbebauung abgeschlossen ist. Deshalb hat die Grüne Fraktion eine weitere Person für „Wichtige und Identitätsstiftende“ Bauvorhaben beantragt.

Dass der Sperrvermerk für die seit 2015 im Stellenplan stehende 25% Stelle für Museumspädagogik aufgehoben wird, wird Herr Conzelmann als Kulturamtsleiter wohl nicht mehr erleben. Dabei könnte die Stelle durchaus auch im Hinblick auf die Entwicklung des Stadtmuseums eingesetzt werden. Wir sind gespannt, wie der künftige Kulturamtsleiter sich hier positionieren wird.

Bei den Haushaltsberatungen geht es nicht nur um die Genehmigung der städtischen Ausgaben, sondern auch darum, Prioritäten und Akzente zu setzen. Auch in Zeiten von Krieg und Energiekrise ist Klimaschutz wichtiger denn je. Wir müssen mit Hochdruck daran arbeiten, dass Böblingen klimaneutral wird.

Denn die Folgen der globalen Erwärmung werden immer sichtbarer. Bundesweit kam es in den letzten Jahren zu einem Anstieg von Todesfällen und Krankheiten in Zusammenhang mit Hitzeperioden. Die Hitzetage werden auch in Böblingen zunehmen. Um die Belastung insbesondere für sensible Bevölkerungsgruppen zu senken, sind koordinierte Maßnahmen erforderlich. Daher haben wir beantragt, nun verstärkt in die städtische Hitzeaktionsplanung einzusteigen.

Wenn wir beim Klimaschutz vorankommen wollen, muss auch der Verkehrssektor seinen Beitrag leisten. Das Land Baden-Württemberg möchte bis 2030 eine Verkehrswende erreichen und gewährt den Kommunen zweckgebundene Förderungen, um kurzfristig personelle Kapazitäten auszubauen.

Herr Weidmann, Planer im Tiefbauamt, hatte bis zu seiner Pensionierung das Thema Radverkehr sehr gut, aber eher als „Hobby“ betreut, auch die Verkehrsplanerin Anne Rummert hat uns zumindest temporär verlassen. Der von uns beantragte Rad- und Fußverkehrskoordinator, gerne auch eine Frau, soll wieder Planungsexpertise für Rad- und Gehwege und somit zusätzliche Kompetenz einbringen, so dass es im öffentlichen Raum in Zukunft sicherer, komfortabler und konfliktfreier für alle Verkehrsbeteiligten wird.

Beim ruhenden Verkehr in der Stadtmitte haben wir ein richtig dickes Problem. Am Postplatz und am Schlossberg herrscht hoher Parkdruck, und es wird häufig verkehrswidrig geparkt. In den Parkgaragen hingegen findet man stets freie Plätze. Das führt seit Jahren zu hohen Defiziten bei den Stadtwerken, zuletzt 1,2 Mio. € im Jahr 2021.

Um den Parkdruck in den Straßen und Gassen zu verringern, sollte mehr Anwohner*innen und Beschäftigten die Nutzung der Schlossberggarage als Dauerparker ermöglicht werden. Daher haben wir beantragt, die Kfz-Parkierung in der Innenstadt zu analysieren und anzupassen. Durch bessere Auslastung der Parkgaragen und angemessene Parkentgelte sollte es möglich sein, die Parkierungsverluste deutlich und nachhaltig zu reduzieren und den städtischen Haushalt langfristig zu entlasten.

In Böblingen wollen wir am Schlossbergring, insbesondere in der Stadtgrabenstraße die Aufenthaltsqualität verbessern und den Straßenraum aufwerten. Auch in der Nähe des Dagersheimer Kindergartens in der Goethestraße wollen wir mehr Sicherheit. Das sind zwei Beispiele, bei denen uns reduziertes Tempo helfen würde, wo uns aber die Umsetzung von höherer Stelle nicht genehmigt wurde.

Wir wünschen uns hier mehr Gestaltungsfreiheit und haben deshalb beantragt, die Stadt Böblingen möge der Initiative des Städtetags „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beitreten. Diese Initiative fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Temporeduzierungen dort anordnen können, wo SIE es für nötig halten.

Als letzten Punkt möchte ich unseren Antrag erwähnen, die Stelle des Europabeauftragten aufzustocken und zu entfristen. Er soll nicht nur Fördermittel akquirieren, sondern auch Böblinger Interessen in Brüssel und Straßburg vertreten. Es ist wichtig, die Bürger*innen in Böblingen und Dagersheim über Europa zu informieren, besonders die Jugendlichen, um zu vermitteln, dass wir globale Herausforderungen nur mit einem starken Europa bewältigen können.

Ich weiß es gibt Kritik am Haushaltsentwurf! Manche werfen der Stadtverwaltung vor, zu viel Geld auszugeben. Es stimmt, die Verwaltung muss effizienter werden, also mehr relevanten Output in kürzerer Zeit erzeugen, wie ich als Informatikerin sagen würde. Stichworte hier sind Orga-Untersuchung, Digitalisierung und Prozessvereinfachung.

Aber auch der Gemeinderat muss effizienter werden: weniger Zick-Zack-Kurs, weniger Planung zusätzlicher Varianten. Klare Zielvorgaben machen die beschlossenen Konzepte, das Stadtleitbild und die strategische Ressourcenplanung. Ich wünsche mir für das Haushaltsjahr 2023, dass dies besser ineinandergreift und Gemeinderat und Stadtverwaltung gemeinsam und effizient am Ziel einer lebenswerten Stadt Böblingen arbeiten.